

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte FPÖ - Gemeinderäte
Mag. Günter Kasal, Stefan Berger, Michael Niegl und Elisabeth Schmidt betreffend
„eine transparente und ehrliche Erfassung aller Vormerklisten für geförderten Wohn-
raum statt horrender Dunkelziffern“, eingebracht in der Spezialdebatte „Wohnen,
Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen“ im Rahmen der Debatte zum Rechnungs-
abschluss 2018 zu Post 4

Die Vergabe geförderten Wohnraumes erfolgt nur zum Teil über die Stadt bzw. städ-
tische Institutionen. Vermeintlichen Verkürzungen der Wartelisten stehen enorme
Dunkelziffern gegenüber. So gab die Sozialbau AG gegenüber der Tageszeitung
"Der Standard" im Juni 2016 bekannt, dass im Bereich ihres Unternehmens 65.000
Personen vorgemerkt waren. Das entspräche 60 bis 90 Interessenten je Wohnung.
Diese Zahlen belegen die dramatische Knappheit von gefördertem Wohnraum in
Wien. Und sie widerlegen die vermeintlich hohe Wiener Bauleistung. Diese gestaltet
sich, wie dargestellt werden konnte, jedenfalls unzureichend.

Seltsam mutet an, dass seitens der Sozialdemokratie offenbar bewusst die wahre
Anzahl der Wohnungssuchenden verschleiert wird: So bildet die Warteliste von Wie-
ner Wohnen nur einen Teil der Realität ab. Alleine eine gemeinnützige Bauvereini-
gung wie die Sozialbau AG führt(e) weitere 65.000 Wohnungssuchende - wie bereits
dargelegt wurde. Um effektive Maßnahmen im Bereich der leistbaren Wohnversor-
gung treffen zu können, ist eine solide und umfassende Datengrundlage entschei-
dend. Dies bedeutet, dass die Wartelisten von in Wien ansässigen gemeinnützigen
Bauvereinigungen verfügbar gemacht und erfasst werden müssen. Wohnpolitische
Taschenspielerereien müssen seriöser und ehrlicher Politik endlich platzmachen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern
gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nach
folgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-
rung und Frauen wird aufgefordert, die Warteliste bei Wiener Wohnen um verfügbar
zu machende Wartelisten von in Wien ansässigen gemeinnützigen Bauvereinigun-
gen zu erweitern, um endlich Transparenz hinsichtlich der Wohnversorgung in Wien
sicherstellen zu können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 25. JUNI 2019
POL-556442-2019-KFP/IGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Bundesregierung und Stadtsenat

Kofbauer
AM
M. Huber
T. Huber
Sch. 2
G. Schmid
Stefan Zöll
Emil